

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden,
Rader & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Kontokonto:
Gebr. Arnold, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtpreis mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Gott und Welt“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompatibilität 30 Goldpf., die 20 mm breite Neffenzettel 150 Goldpf., für unwichtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Reiseangebote 40 Proz. Rabatt. Für Briefstempelung 10 Goldpf.

Nr. 213

Dresden, Donnerstag den 11. September 1924

35. Jahrg.

Die Mörderpartei als Richter

Von unserem italienischen Mitarbeiter

Rom, 8. September.

Die übermäßige Spannung, der das politische Leben Italiens heute unterliegt, beginnt auch die Börse ernstlich zu beeinflussen. Die periodisch wiederholte Drohung eines neuen blutigen Vorstoßes der Regierungspartei und mehr noch die periodisch in Umlauf gesetzten Gerüchte eines Attentates auf Mussolini, die dazu dienen sollen, die Stimmung für diesen Vorstoß vorzubereiten, machen die Börse nervös. Seit der Besitzergreifung der Regierung durch die faschistische Partei ist wiederholt probiert worden, daß der Zusammenbruch des neuen Regimes durch eine Reaktion der Hochfinanz erfolgen würde, die in einer Atmosphäre drohender Bürgerkrieges nicht ihre Geschäfte machen kann.

Die plötzliche Unruhe der Börse, die sich sogar gleich nach der Ermordung Matteottis ziemlich fest gesetzt hatte, ist ein weiteres Merkmal dafür, daß alle Äreie die heutige Situation als unerträglich empfinden. Was diese Situation unenträglich macht, ist nichts Zufälliges und Beiläufiges, sondern die logische Auswirkung der Verhältnisse. Die Verhältnisse des Staates durch eine Partei und die Verhältnisse der Partei durch eine Partei. Als Matteotti ermordet wurde, wendete sich der Verdacht ganz offen gegen die Regierung, in deren Umkreis die offiziellen Auftraggeber der Mörder lebten und wirkten. Gegenüber diesem Verdacht hätte es für die Regierung nur einen Ausweg gegeben, mit dem Kunde die heutige schwere Krise zu erörtern. Das Kabinett mußte zurücktreten, um der Justiz die Wahl freizustellen. In seinem modernen Staat konnte es die öffentliche Meinung dulden, daß ein Mann die Regierung in Händen hielt, gegen dessen intime Freunde sich der Verdacht des Mordanschlages richtete. Wer der richterlichen Gewalt Widerstand leistete, konnte nicht weiter die Exekutivgewalt handhaben.

Die unzeitige Lage, an der heute das Land leidet, entspringt nun dem dem Geiste jeder Verfassung widersprechenden Faktum, daß ein richtiger politischer Prozeß geführt werden soll gegen eine Partei, die noch heute die Regierung innehat. Wie soll die richterliche Gewalt in einer solchen Zwangslage ihre Unabhängigkeit wahren und wie kann ohne diese Unabhängigkeit der Kampf um Gerechtigkeit zu Ende geführt werden?

Für die Haltung der Regierung im Prozeß Matteotti hat Mussolini selbst die bekannte Formel gegeben: „Die Regierung stemmt die Fäuste an.“ In Italien umgekehrt bedeutet das, daß das Ministerium mit allen Mitteln verhindert, daß alle Verantwortlichen für das Verbrechen vom Arm der Gerechtigkeit erreicht werden. Ein Teil der Aktion in diesem Sinne ist ganz offiziell, insofern man ganz offiziell zu verhindern sucht, daß die Gerichte die Ermordung Matteottis in Zusammenhang bringen mit den vorhergehenden Morden, wie den Mordtaten von Sarzana, der Ermordung des Priesters von Argenta, den Mordanschlägen auf die oppositionellen Faschisten Misuri und Jorini und auf den liberalen Abgeordneten Amendola, mit der gewalttätigen Freiheitsbewegung des Republikaners Magaloni und der Verhaftung und Hinrichtung der Villa Ruffini. Mussolini hat gesagt, diese Verketzung werde er nicht dulden; dem Verneiner liege er den Prozeß nicht machen. Die Richter müßten sich also in einen offenen Konflikt zur Regierung stellen, von der sie doch insofern abhängen, als ihr höchster Vorgesetzter der Justizminister ist, um gegen die Mörder Matteottis als gegen eine verbrecherische Verbindung vorzugehen. Von Rechtsstandpunkt aus genügt viel weniger, als das für die Bande Rossi-Dumini Bewiesene, um den Verneiner der verbrecherischen Verbindung aufzustellen. Viele der Prozeß unter diese Rubrik, so wäre die Strafe schwerer, andererseits aber könnten die Mitglieder der Kammer und des Senats, die in den Prozeß verwickelt wären, ohne Zustimmung des Parlamentes verhaftet werden.

Noch schlimmer als die öffentliche Haltung der Regierung zugunsten der Mörder ist die geheime. Es kommt jetzt heraus, daß ein Herr in Rom schon am 12. oder 13. Juni eine schriftliche mit seinem Namen gezeichnete Anzeige dem Ministerpräsidenten überreicht hatte, in der er die Aussagen von zwei Verurteilten, die im Ministerium verkehrten, wiedergab. Diese Aussagen bewiesen, daß Rossi schon am Abend des 10. Juni, am Tage selbst, an dem Matteotti um 11½ Uhr verhaftet wurde, über den Mord informiert war. Trotz dieser Anzeige hat man Rossi bis zum 22. Juni in Freiheit gelassen! Von Anfang an hat also die Regierung Obstruktion getrieben. Das geht aus aus dem Avertissement hervor, zu dem sich der römische Polizeidirektor Bartine am 19. Juni in Gegenwart zweier Journalisten hinrichten ließ: „Ich würde auch den Delikten auf der Piazza del Popolo verhaften lassen, wenn ich die Hände frei hätte.“ Wenn die Polizei die Hände gebunden hat, so hat sie natürlich auch die Justiz, die auf die Polizei angewiesen ist. Um Entschuldigungen zu können, hat die dortige Staatsanwaltschaft die lokale Polizei umgeben und besonders für den Fall angehalten, die Verurteilten zu nehmen. Einer der mutmaßlichen Mörder Matteottis Panzeri, gekleidet in Zivil, ist in Mailand verhaftet und die einheitslosigkeits „Giustizia“ informiert Tag für Tag die Behörden, wie der von einem Postbeamten entflohenen Biederer seinen Lauf verbrocht hat. Trotzdem legt keiner Hand an ihn, wie seiner Hand an den

Oesterreicher Tierhädel gelegt hätte, wenn ihn nicht Mitglieder der Gewerkschaft direkt der Polizei ausgeliefert hätten.

Man mag nun einwenden: wie ist es erklärlich, daß die faschistische Regierung Männer wie Rossi, Dumini und Fissibelli, die Mussolini persönlich nahe standen, preisgegeben hat, um dann einen beliebigen Schergen wie Panzeri zu schütten. Darauf ist zu antworten, daß in der Sache der „Preisgabe“ der Rossi u. Ko. noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist. In Florenz werden Maueranschläge verbreitet, die zur Befreiung Dumini auffordern und die Drohung, daß römische Gefangnisse zu stürmen, kehrt alle Tage wieder. Außerdem dient der Schutz Panzeris allen Verhafteten zur Rettung. Man will nämlich Panzeri als den eigentlichen Mörder ausgehen; solange er frei ist, hat er kein Interesse daran, diese Schuldlast abzulegen. Löst man ihn verhaftet, dann wird er sich für die Auszeichnung bedanken. Ueberhaupt überläßt man die moralische Bedeutung dieser Rettungsversuche nicht; bei ihnen handelt es sich viel weniger um Solidarität mit Gefangenen als um Selbstverteidigung. Die Faschisten, Regierung imbezogen, würden mit aller Gemütsruhe die Verhafteten lebendig braten lassen, vorausgesetzt, daß sie bei dieser Prozedur nicht den Mund aufmachen. Wenn man die Verhafteten zu zetteln sucht, so geschieht es nur, weil man ihre Enthüllungen fürchtet. Die Mutter Dumini hat ganz offen gesagt, daß „zwei Monate Untersuchungshaft gegen die Verbrechen“ seien. Allen Verhafteten ist Straffreiheit zugesichert worden. Alle fühlen sich heute von ihren eigentlichen Auftraggebern im Stich gelassen, sind schwer erdittelt und zu Enthüllungen bereit.

Bei einer solchen Sachlage nützt es nichts, wenn sich die faschistenfreundlichen Blätter bemühen die Ermordung als Totschlag darzustellen, zu dem sich Dumini und die Seinen durch Matteottis Widerstand hätten hinreichend lassen. Es nützt nicht, daß die „Epoca“ Matteottis Tod auf Lungenblutung zurückführt, so daß der in der Fülle der Kraft stehende Mann eigentlich eines natürlichen Todes gestorben wäre. Die schauerliche Bosheit der Auffindung der Leiche hat die Situation eher verschlimmert als entspannt.

Mussolini hat dieser Tage erklärt, wenn er die Nation nicht mehr auf seiner Seite habe, so werde er gehen, ohne die Tür zurückzulassen. Worauf in aller Welt wartet der Mann denn, um einzusehen, daß die Nation sich von ihm abgewendet hat und sein Fortgehen als eine Erlösung empfinden würde?

Neue faschistische Gewaltpläne

Der römische Vertreter des „Paris-Soir“ macht aufsehenerregende Mitteilungen über eine bevorstehende Zusammenkunft faschistischer Delegierten in Rom, die an den Gegnern des Faschismus blutige Vergeltung üben werden. Die Nationalfaschistische Wits hat Bericht erhalten, am 30. und 31. September 25 000 Mann in Rom und Umgebung zu konzentrieren. Waffen, die aus dem Depot der regulären Armee entnommen wurden, sollen an die Mitglieder der Wits sofort nach Wiederentdecken in Rom zur Ausstellung gelangen. Die Verteilung der Waffen hat in der Provinz bereits in der Nacht vom 8. September begonnen. Um über die Bewegung der faschistischen Truppen hinwegzudulden, wurde am 14. und 15. September in Rom ein

Ohne Deutschland — kein Völkerbund

England kündigt eine Aktion auf Zuziehung Deutschlands an

Sch. Genf, 10. September. (Fig. Drahtber.) Die dritte Kommission setzte am Mittwoch ihre allgemeine Abklärungsdebatte fort. Die Vertreter Deutschlands und Japans bekannten sich beide zum Schiedsgerichts-gedanken, betonten aber, daß Abklärung ohne Garantie unmöglich sei. Lord Parmoor betonte nochmals den englischen Standpunkt, daß bei andern Garantieverträgen nicht notwendig seien, da die im Fall vorgesehenen Garantien genügen. Nachfolgend erklärte er: Ein Abklärungsplan ist aber so lange unvollkommen,

als Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes ist.

Es ist ein Vorteil für den Völkerbund und für Deutschland selbst, wenn es eintraten würde. Es ist heute noch nicht möglich zu sagen, ob Deutschland nach im Laufe dieser Sitzung an der Arbeit der Kommission teilnehmen kann. Ich lege jedoch Wert darauf, entprechend den Erklärungen Macdonalds nochmals zu erklären, daß die englische Delegation jeden Vorschlag, der auf eine Zulassung Deutschlands hinauszielt, mit allen Mitteln unterstützen wird. Im gegebenen Augenblick wird hierzu die britische Delegation mit einem Vorschlag hervortreten.

Von Cour (Frankreich) hielt die Untrennbarkeit der beiden Fragen: Sicherheit und Abrüstung, in den Vordergrund seiner Ausführungen, gibt aber zu, daß die im Garantiepakt vorgesehenen Verpflichtungen über die im Fall geplante Örtung noch hinausgingen. Die Garantieverträge dürften sich den Sonderverträgen vor dem Kriege gleichen. Die französische Delegation besitzt die Auffassung, daß alle Nationen offen die Karten auf den Tisch legen müßten. Die Kommission müßte unbedingt zu einem Ergebnis in der Abklärung kommen, wenn nicht der Völkerbund und ganz Europa zugrunde gehen sollen. Die Schiedsgerichtsfrage sei nicht von der Abrüstungsfrage zu trennen. Von Cour stimmt Lord Parmoor schließlich darin zu, daß die Arbeiten nicht eher zu einem entscheidenden Ende gebracht werden können, bis Deutschland in den Völkerbund eintritt.

Als letzter Redner der Mittwoch-Debatte spricht Lange (Norwegen), der ausführt, daß die Abrüstung nur gegen Garantie möglich sei. Als Übergangsmittel empfiehlt er die Konvention von entmilitarisierten Zonen. Es sei auch noch sehr fraglich, ob

Kongress der mit den Faschisten sympathisierenden Arbeit abgehalten. Die Arbeit werden mit den Aufgehoben der faschistischen Wits gemeinsame Sache machen. Außerdem wird eine 4000 Mann starke Kolonne von angeworbenen Soldaten in Lucca, der siebenten faschistischen Zone, nach Rom aufbrechen mit dem formellen Auftrag, gelegentlich der zu erwartenden Unruhen die Feinde des Faschismus niederzumachen. Zur Finanzierung der militärischen Operationen sind in den staatlichen Münzstätten Benutzen im Werte von einer Milliarde Lire gedruckt worden. Offizielle italienische Blätter haben, um die Verwendung des Geldes zu verbergen, die Meldung verbreitet, daß der Betrag gelegentlich eines Einbruchs in die Münzstätte abhanden gekommen sei.

Der Brandherd in China

Die Truppenlandungen durch Frankreich, England, Amerika, Italien und Japan sind in Schanghai fortgesetzt worden. Gelandet wurden 1350 Amerikaner, 300 Engländer, 400 Japaner und 100 Italiener. Zu gewalttätigen Eingriffen soll es aber noch nicht gekommen sein.

Eine geschlossene Intervention der Mächte, über die trotz allen Ablehnungsversuchen ernsthaft beraten wird, steht bisher noch auf Schwierigkeiten, weil die Sympathien der Mächte für die Kampfparteien geteilt sind. England, das die unmittelbare Kontrolle der Haupterinnahmequellen der Zentralregierung durch seine Beamten in Händen hat, sieht keine Interessen auf der Seite der Zentralregierung liegen, während z. B. Frankreich entschieden mit den Tschiang-Truppen sympathisiert.

Ueber das Eingreifen Sowjetrusslands im fernem Osten liegen vorläufig außer den über Berlin kommenden Nachrichten, die von einer der zuverlässigsten nächstehenden Agentur verbreitet werden, keine weiteren Informationen vor. Allerdings wird aus englischer Quelle eine Nachricht vorbereitet, daß Sunyatsen in seinen letzten Aufrufen und Manifesten bolschewistische Ideen proklamiert hätte. Andererseits laufen aus englischer Quelle zahlreiche Nachrichten ein, nach denen Sunyatsen das Geld zur Durchführung seiner Stützungsaktion fehlt. Im ganzen gesehen sind die Nachrichten aus China sehr verworren. Ueber-einstimmung herrscht nur darin, daß die Kämpfe, die sich abspielen, sehr erbittert sind. Aus Schanghai wird sogar gemeldet, daß das Bombardement in der letzten Nacht so stark gewesen sei, daß es einem Schützengraben-Bombardement an der französischen Front während des Weltkrieges ähnelte.

Die Truppen aus Kiaogau haben die Stellungen der Gegner bei Kantsung nach erbitterten Kämpfen durchbrochen. Die Zahl der Flüchtlinge in Schanghai wird auf 100 000 geschätzt, deren Verpflegung und Unterbringung große Schwierigkeiten bereitet. Inzwischen sind die Kämpfe infolge gewaltiger Wolkenbrüche zum Stillstand gekommen. Die Ausländer in Schanghai halten sich in ihren Niederlassungen verborgen. Bewaffneten Soldaten ist der Zutritt zum Ausländerviertel verboten.

Auch in der Mongolei, dem jetzt autonomen Teil des chinesischen Reiches, sind noch neuen Meldungen Unruhen ausgebrochen. Aus Ulaan, der Hauptstadt der Mongolei, wird ein politischer Kusturher gemeldet. Mehrere Ausländer sind festgenommen worden. Einzelheiten fehlen noch.

angeht die modernen Waffen das Problem einer militärischen Verteidigung nicht überhaupt eine Chimäre sei. Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

Eine andre Meldung aus Genf besagt: Lord Parmoor soll die Absicht haben, einen Antrag einzubringen, nach dem die deutsche Regierung zur Teilnahme an den Verhandlungen der dritten Kommission über die Abrüstungsfrage eingeladen werden soll, ähnlich wie Deutschland auch bereits an verschiedenen anderen Kommissionen mitgearbeitet habe.

Alle warten auf Deutschlands Beitritt

ru. Genf, 11. September. (Fig. Drahtber.) Gestern abend tauchte erneut das Gerücht auf, daß Deutschland nach in dieser Woche am seinen Eintritt in den Völkerbund nachsuchen werde. Man erwartet das in fast allen Kreisen. Bei dieser Gelegenheit wird behauptet, daß Macdonald und Herriot vielleicht nach Genf zurückkehren würden, um an der Abstimmung über den Eintritt Deutschlands teilzunehmen.

Protest gegen die Notifizierung

P. Paris, 10. September. (Fig. Drahtber.) Der Temps meldet aus Brüssel, daß der belgische Gesandte in Berlin, Herr de la Baillie, sich dem Vorgehen des französischen Botschafters de Margerie angeschlossen und ebenfalls gegen die angekündigte Notifizierung des deutschen Protestes in der Kriegsfrage protestiert hat. Die Meldung des Temps enthält folgenden bemerkenswerten Satz: „Die höchsten Beamten des Deutschen Reiches sollen, wie man bereits mitgeteilt hat, sich darüber einig sein, daß diese Note inopportun ist.“

Es ist kein Zweifel, daß die Minister durch die Dreibeitheit der Deutschnationalen gebunden wurden. Sie werden für diese ungeheurelle Fahrlässigkeit zur Rechenschaft gezogen werden.